



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES

XXIV. GP.-NR

9060/AB

09. Sep. 2011

zu 9150/J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

MAG.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0830-III/8/a/2011

Wien, am 31. August 2011

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Genossinnen und Genossen haben am 11. Juli 2011 unter der Zahl 9150/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Finanzielle Aktion für Migrantinnen zum Führerscheinerwerb" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5 und 7:

Diese Aktion wurde ausschließlich aus Mitteln des Integrationsfonds durchgeführt, ist somit nicht dem Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres zuzurechnen und unterfällt damit nicht dem Interpellationsrecht.

Zu Frage 6:

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

BM.I BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES